

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 14.05.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	Vertreter für Herrn Dr. Fikentscher
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr René Trömel	SKE	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Klaus Adam	SKE	
Frau Katharina Rommel	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

Es fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertreter: Herr Klaus Hopfgarten
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Helga Koehn	SKE	
Herr Wolfgang Pannicke	SKE	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Monika Engelhardt	SKE	
Frau Wencke Gabert	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.04.2009
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2009/07969
 - 4.2. Grundsatz- und Baubeschluss
Konjunkturprogramm II Bildungseinrichtungen 2009 - 2011
Vorlage: IV/2009/07831
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07396
 - 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zur Vorlage IV/2008/07396 -
Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema
Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07448
 - 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum gemeinsamen Antrag der Stadträte der
AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung
in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07457
 - 5.2. Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) und der Stadträte Martin Bauersfeld,
Dr. Holger Heinrich (CDU) zur EFRE-Mittelentscheidung gegen SK "Johann Christian
Reil"
Vorlage: IV/2009/07958
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Einladung ordnungsmäßig, Beschlussfähigkeit gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kogge weist daraufhin, dass das Land Sachsen-Anhalt neue Gesetzlichkeiten zur Schülerbeförderung plant. Diese sollten abgewartet werden, um sie in der Schülerbeförderungssatzung zu berücksichtigen. Daher wurden die Punkte 4.2 und 4.3 sowie 5.1, 5.1.1 und 5.1.2 von der TO gestrichen.

Frau Dr. Bergner ist enttäuscht über die Rücknahme der Satzung. Dies war ein Hauptthema, es liefen bereits Gespräche mit der HAVAG und der Oberbürgermeisterin zu dieser Satzung. Sie denkt, dass die zu erwartenden Gesetzlichkeiten für die Satzung wenig relevant sein werden.

Herr Lange bedauert die Rücknahme ebenfalls, kann die Entscheidung aber nachvollziehen. Er ist der Meinung, dass die neuen Gesetzlichkeiten berücksichtigt werden müssen. Diese werden voraussichtlich im Juni veröffentlicht, damit ist eine zeitnahe Satzung (im Herbst) möglich und kann erneut diskutiert werden. Herr Lange bittet um eine Gegenüberstellung beider Satzungen (ALT-NEU).

Herr Kogge sagt eine Gegenüberstellung zu.

Frau Wolff findet die Änderung „freie Schulen fallen raus“ nicht gut. Dazu gibt es Klärungsbedarf.

Frau Stark stimmt dem zu.

Herr Dr. Schmidt ermutigt die Stadträte weiterhin an dem eingeschlagenen Kurs in der Schülerbeförderungssatzung (Verkürzung der Entfernungen, Preisgestaltung) festzuhalten. Bedenklich ist die Problematik zu freien Schulen.

Frau Dr. Bergner bittet die Diskussion nicht weiter zu vertiefen. Diskussionen sind möglich nach Einreichen einer neuen Satzung. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Punkte 4.2 und 4.3 von der TO gestrichen wurden.

Folgende Wortmeldungswünsche gibt es: Ökoschule, Frau Schulz; Elternvertreter GS Rosengarten; Vertreter des Stadtelterrates.

Weiterhin sollte das Thema Baumängel des Sportgymnasiums sowie die Problematik Chr.-Wolff-Gymnasium/Südstadt-Gymnasium auf die TO unter Mitteilungen TOP 7 gesetzt werden

Frau Dr. Bergner weist auf den Dringlichkeitsantrag TOP 5.2 hin. Die geänderte TO wird angenommen.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 01.04.2009**

Abstimmungsergebnis:

7 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: IV/2009/07969**

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle(Saale) ab Schuljahr 2009/10“.

zu 4.2 **Grundsatz- und Baubeschluss** **Konjunkturprogramm II Bildungseinrichtungen 2009 - 2011** **Vorlage: IV/2009/07831**

Herr Zschocke weist auf zwei Austauschblätter hin. Änderungen betreffen nicht das Volumen, Maßnahmen werden konkretisiert. Beispiel: GS Büschdorf, Hortgebäude
Auf dem Deckblatt fehlt der Hauptausschuss am 20.05.09, dies wird nachgetragen. Hinweis: Vergabeausschuss hat mehrheitlich mit einer Enthaltung zugestimmt.

Herr Trömel bezieht sich auf die Anlage Sanierungsbereiche. Er versteht die Veränderungen nicht. Warum wurde die Turnhalle SK Am Fliederweg komplett aus der Liste genommen, wegen der Fenster Pestalozzi? In der Niederschrift vom 01.04.09 wurde ausdrücklich darauf verwiesen, dass dies nicht geschehen wird.

Frau Müller gibt bekannt, dass Maßnahmen zwischen EU-Förderprogramm und Konjunkturprogramm getauscht wurden. GS Kröllwitz wurde in das Konjunkturprogramm aufgenommen, die Turnhalle der SK Am Fliederweg wurde in den städtischen Haushalt verwiesen.

Frau Dr. Bergner verweist auf die Prioritätenliste. Dort steht GS Kröllwitz ebenfalls vor der SK Am Fliederweg.

Frau Rommel war der Meinung, dass die Fenster der Pestalozzischule im städtischen Haushalt stehen.

Frau Stark fragt an, wie die Prioritäten entstanden sind. Die Turnhalle AHF ist gesperrt und kann für den Unterricht nicht genutzt werden. Die GS Montessori muss bis in die GS Auen zum Sportunterricht fahren. Dieser Schule wurde für das neue Schuljahr versprochen, dass sie die Turnhalle in der Taubenstraße nutzen kann. In dieser soll aber ab Oktober gebaut werden.

Herr Kogge weist daraufhin, dass das Gesamtpaket Pestalozzischule anhängt. Die Prioritäten 1-17 bleiben bestehen. Es wurden Maßnahmen zwischen städtischem Haushalt, EFRE-Förderung und Konjunkturpaket ausgetauscht. Die Turnhalle AHF ist ein Sonderproblem. Hierzu laufen Verhandlungen mit den Franckeschen Stiftungen.

Frau Stark bittet um Auskunft, wohin die GS Montessori ausweichen soll, wenn in der Turnhalle Taubenstraße ab Oktober gebaut wird.

Herr Kogge weist daraufhin, dass die GS Montessori eine Privatschule ist und die Verwaltung in erster Linie die kommunalen Schulen zu versorgen hat.

Frau Wolff bittet zu beachten, dass die GS Montessori ihren Stundenplan planen muss. Die Wege zu den Turnhallen sind ebenfalls zu bedenken. Sie verwundert, dass ein Austausch zwischen den Förderprogrammen möglich ist. Die Aussagen dazu sind widersprüchlich. Ihr war nicht bekannt, dass der Stadtrat Einfluss auf Austausch von Maßnahmen hat.

Frau Dr. Bergner erklärt, dass dies von je her möglich war. Eine gleichzeitige Setzung auf mehrere Programme ist nicht möglich.

Herr Kogge erklärt, dass die Verteilung der Mittel durch das Land klar war (südl. Sachsen-Anhalt). Ihm ist ebenfalls bewusst, dass die Stadträte die SK Reil wollen. Es war nun mal ein Wettbewerb der Konzepte für die Verteilung der EFRE-Mittel, auf die die Stadt keinen Einfluss hatte. Für das Konjunkturprogramm hat die Stadt die Möglichkeit an Hand der Prioritätenliste und unter Berücksichtigung der anderen Förderungen (keine Doppelanträge) die Objekte selbst benennen.

Herr Trömel ist für die GS Kröllwitz, aber er kann auf den Vorlagen keinen Austausch sehen. Dies sollte besser gekennzeichnet bzw. beschrieben werden.

Herr Kogge sagt eine Excel-Liste zu.

Herr Lange führt aus, dass er bezüglich der EFRE-Förderung unsicher ist. Er spricht über die Erfahrungen über die Verteilung von Mitteln an die Stadt Halle. Für ihn wäre es nicht ausgeschlossen, dass die Mittel für die Pesta-Fenster letztendlich für die Sanierung des Nordbads verwendet werden.

Herr Kogge erklärt, dass die 500 T€ zusätzlich auf die Liste genommen wurden (aus den 4.8 Mio).

Frau Müller erklärt, dass die Finanzierung erst unklar war, jetzt wurde sie aus den 4,8 Mio und dem Bildungszentrum genommen.

Herr Lange gibt zu, dass die Maßnahme GS Büschdorf nachvollziehbar ist. Er versteht nicht, weshalb die Finanzierung aus dem „Schul-Topf“ und nicht aus dem „Kita-Topf“ kommen soll. Er gibt das Dach und den Brandschutz zu bedenken.

Herr Kogge erklärt, dass der Brandschutz geklärt ist, alle vollen Etagen sind in Betrieb. Das Dachgeschoss ist für den Unterricht nicht nutzbar. Dieses war in der Bauplanung nie vorgesehen. Es wird als Lager genutzt. Die GS Büschdorf ist 1.5zügig und kann 2zügig werden. Er gibt zu bedenken, dass bei der Sanierung der Turnhalle die Hortbaracke (inkl. Essensversorgung) in Mitleidenschaft gezogen wird. Daher die Entscheidung der Maßnahme inkl. Hortbaracke. Der EB Kita zahlt die Investition in Form von Miete zurück.

Frau Dr. Bergner fragt an, weshalb die GS Büschdorf auf der Liste stehe, wenn die Zweizügigkeit unklar ist. Die Turnhalle der Sek Fliederweg wurde dafür runtergenommen.

Herr Kogge verweist nochmal darauf, dass die Baracke an die Turnhalle anschließt. Er erklärt, dass die Schule den Hort braucht.

Frau Müller erläutert, die Aussage der Kämmerei. Das Gebäude gehört in das Vermögen der Schulverwaltung, Kita ist Mieter. Damit muss die Schulverwaltung die Gelder einstellen.

Herr Kogge weist daraufhin, dass eine einzügige Grundschule erhalten wird, obwohl 1.000 m weiter ebenfalls eine Schule ist.

Herr Lange fragt sich weiterhin, weshalb Kitas durch Schulmittel saniert werden! Hier ist eine Prüfung notwendig.

Herr Dr. Schmidt fragt an, ob im „Kita-Topf“ überhaupt noch Mittel sind.

Herr Kogge erläutert, dass ca. 6 Mio für 2 Kitas eingeplant sind. Offen sind noch 1,7 Mio für Brandschutz. 4,1 Mio für die Kita Taubenstraße. Die Bauplanung schreitet voran, Baubeginn voraussichtlich nächsten Monat. Er gibt zu bedenken, dass es sich um Schüler unserer Stadt handelt. Im „Kita-Topf“ ist kein Geld übrig.

Herr Trömel regt an, den Pkt. 8 zu streichen und das Geld dem komm. Bildungszentrum zuzuschlagen.

Frau Dr. Bergner versteht die Kritikpunkte, gibt aber zu bedenken, dass der Verwaltung sehr wenig Zeit zur Erarbeitung zur Verfügung stand. Sie drückt ihren Respekt aus.

Herr Kogge schlägt vor, den Hort aus der Liste zu streichen.

Frau Wolff bittet darum, die Vorbehalte im Protokoll festzuhalten.

Herr Lange sieht keinen Sinn darin, den Hort zu streichen. Er fragt an, was im kommunalen Bildungszentrum geplant ist und was aus der Turnhalle Sek Fliederweg wird. Die Verwaltung sollte den Tausch bis zur Stadtratssitzung überdenken.

Herr Dr. Schmidt schließt sich an und erklärt, dass die GS Büschdorf von der Liste gestrichen werden sollte.

Wortmeldung – Ökoschule, Frau Schulz

Frau Schulz fragt an, ob die Ökoschule, wie geplant bis 2010 an der Franzigmark verbleibt. Sie hat gehört, dass ein Verkauf der Franzigmark angedacht ist. Wo kann man die Ausschreibung nachlesen? Gibt es schon Interessenten z. B. Freie Träger?

Herr Kogge erklärt, dass ihm nichts zu einer Ausschreibung bekannt ist. Es gibt die „bunte Liste“ des Stadtrates auf welcher Reduzierung des Personals des Schullandheimes vermerkt ist. Das Schullandheim hat eine geringe Auslastung. Eine Umsetzung der Ökoschule wäre denkbar.

Herr Lange fragt an, ob ein Trägerwechsel des Geländes vorgesehen ist?

Herr Kogge erläutert, dass ein neues Konzept dafür fehlt. Es gibt Anfragen von Freien Trägern. Eine Ausschreibung gibt es nicht. Es wird geprüft, ob ein Trägerwechsel möglich ist. Das nächste Schullandheim gibt es in Thale. Zurzeit laufen keine Verkaufsverhandlungen.

Frau Wolff bittet um Information im Bildungsausschuss, wenn es zu Verkaufsverhandlungen kommen sollte.

Herr Zschocke weist daraufhin, dass es für die Ökoschule eine Lehrerzuweisung für das Schuljahr 2009/10 gibt. Damit bleibt die Ökoschule bis 2010 in der Franzigmark.

Abstimmungsergebnis:

5 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen
3 x Enthaltung

Einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Ausführung des Konjunkturprogramms II Bildungseinrichtungen in den Jahren 2009 – 2011 zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum
Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der
Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07396**

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt Frau Oberbürgermeisterin durch die BMA ein Gutachten erstellen zu lassen, worin Möglichkeiten zur Reduzierung und Differenzierung der Schülerbeförderungskosten überprüft bzw. aufgezeigt werden. Dabei müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen wie Personenbeförderungsgesetz, Schulgesetz Sachsen-Anhalt, MDV-Tarifregelungen berücksichtigt sowie eine deutliche zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts vermieden werden. Familien sollen bei den Fahrtkosten entlastet werden.

Das Gutachten soll als Grundlage der Beratungen über eine Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) dienen.

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zur Vorlage IV/2008/07396 - Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07448

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt Frau Oberbürgermeisterin eine Untersuchung vorzunehmen, worin Möglichkeiten zur Reduzierung und Differenzierung der Schülerbeförderungskosten überprüft bzw. aufgezeigt werden. Dabei müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen wie Personenbeförderungsgesetz, Schulgesetz Sachsen-Anhalt, MDV-Tarifregelungen berücksichtigt sowie eine deutliche zusätzliche Belastung des städtischen Haushaltes vermieden werden. Familien sollen bei den Fahrtkosten entlastet werden. Die Untersuchung soll als Grundlage der Beratungen über eine Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle (Saale) dienen.

zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum gemeinsamen Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07457

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Einfügung nach dem 3. Satz des Beschlusstextes:

Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II berücksichtigt und ein effizientes System der Schülerbeförderung in Halle (Saale) entwickelt werden.

zu 5.2 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) und der Stadträte Martin Bauersfeld, Dr. Holger Heinrich (CDU) zur EFRE-Mittelentscheidung gegen SK "Johann Christian Reil"
Vorlage: IV/2009/07958

Herr Lange hat ein Problem mit der Formulierung und dem Inhalt des Dringlichkeitsantrages. Bezüglich Punkt 2 weist er darauf hin, dass die Landesregierung nicht die Standortentscheidung und die Prioritätenliste der Stadt Halle ignoriert hat. Diese Formulierung ist nicht ganz richtig. Es gibt ein Punkteverfahren, in welchem auch Punkte für

die Prioritätenliste der Schulträger vorgesehen sind. Es müsste heißen: „... nicht ausreichend berücksichtigt...“

Bezüglich Punkt 4 weist er darauf hin, dass die Prioritätenliste noch einmal beschlossen werden sollte. Die Prioritäten müssen geändert werden. Z. B. muss die Glauchaschule aufgenommen werden. Er schlägt eine Umformulierung vor.

Herr Bauersfeld findet die Punkteverteilung des Landes intransparent. Er denkt, dass bewusst gemacht wurde, um eine Konzeptabgleichung zu verhindern. Das Verhalten ist nicht akzeptabel. Das Land hätte das Werteverfahren veröffentlichen müssen.

Zu Punkt 4: Die Prioritätenliste sollte noch einmal bestätigt, nicht festgeklopft werden.

Frau Wolff kann mit Punkt 4 leben. Bei Punkt 4 fehlt die Veröffentlichung des Verfahrens. Die Konzepte der Schulen können im Internet nachgelesen werden. Sie kann nicht verstehen, warum das Konzept der Reil-Schule so „schlecht“ sein soll. Sie denkt, dass die IGS ein Politikum ist, Sekundarschulen sollen hinten angestellt werden. Das ist ein Skandal.

Frau Dr. Bergner ist nicht gegen die IGS, auch hier besteht Investbedarf. Aber die Ablehnung zur Sek Reil ist ärgerlich. Das Land gibt erst Informationen raus, dass die Platzierung der Maßnahmen auf der Prioritätenliste eine große Rolle spielt und kurz vor der Entscheidung wird das Verfahren geändert. Hier ist der Umgang mit den Bildungsausschüssen des Landes nicht okay.

Herr Dr. Schmidt protestiert. Beim Land sind Anträge von 6-7 Mio eingegangen. Vielleicht kommen vom Land nur 4 Mio für den Süden Sachsen-Anhalts. Dann kann die Stadt die große Summe Eigenmittel nicht aufbringen und die Maßnahmen „sterben“. Die Verfahrensweise ist bekannt. Bezüglich der Punkteverteilung sagt er, dass die Informationen über die Verteilung fehlen. Er regt an den Punkt 4 umzuformulieren. Vorschlag: „... für den Schulbau, als Grundlage für EFRE-Förderprogramm und Konjunkturpaket 2...“

Herr Lange zieht seine Änderung zurück und schließt sich Herrn Dr. Schmidt an. Die Verteilung ist fragwürdig. Er kann den Protest verstehen, aber die Begründung dazu muss stimmen. Das Verfahren ist intransparent, aber die Prioritätenliste der Stadt wurde berücksichtigt.

Herr Bauersfeld schlägt die Änderung des Punktes 2 vor. „... und kritisiert die Intransparenz des Auswahlverfahrens...“

Abstimmungsergebnis:

8 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen
0 x Enthaltung

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):

- 1. Der Stadtrat begrüßt die Bewilligung von 4 Mio. € zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur in Halle, wenngleich die unterschiedliche Verteilung innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt ein nicht hinnehmbares Problem bleibt.*
- 2. Der Stadtrat nimmt mit Protest zur Kenntnis, dass die Landesregierung bei ihrer Standortauswahl die vom Stadtrat beschlossene Prioritätenliste zur Antragstellung **nicht entsprechend berücksichtigt hat und kritisiert die Intransparenz des Auswahlverfahrens.***
- 3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu klären, wie nach Vorstellung der Zuwendungsverteiler das ausgezeichnete Konzept der IGS in Halle umgesetzt werden soll, wenn das Land von den dazu notwendigen 7,16 Mio. € nur 4 Mio. € bewilligen kann*

4. Der Stadtrat bestätigt die am 21.11.2007 beschlossene Prioritätenliste für den Schulbau (IV/2007/06391) **als Grundlage für die Beantragung von EFRE-Fördermitteln und Mitteln des Konjunkturprogramms.**

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 7 Mitteilungen

Wortmeldung – GS Am Rosengarten, Elternvertreter Herr Kannegießer

Herr Kogge weist daraufhin, dass die Stellungnahme der Eltern den Stadträten vorliegt.

Herr Kannegießer bezieht sich auf einen Artikel aus dem Halleforum, dass es in Halle keine einzügigen Grundschulen mehr geben sollte. Zurzeit befindet sich die GS Hutten mit im Gebäude der GS Rosengarten. Die Schulleiterin leitet beide Grundschulen. In diesem Sommer wird die GS Hutten in ihr Gebäude zurück ziehen. Die Eltern der GS Am Rosengarten haben festgestellt, welche Vorteile eine größere Schule mit sich bringen kann. Die GS Am Rosengarten hat 6 Lehrer. Wenn ein Lehrer ausfällt, muss eine Vertretung gesucht werden. Allein im vergangenen Jahr hatte eine Klasse 3 Sportlehrer. Die Elternvertreter der GS Am Rosengarten haben Unterschriften gesammelt. Ihr Wunsch ist es, in diesem Sommer mit in die GS Hutten zu ziehen.

Herr Kogge gibt zu bedenken, dass einzügige Grundschulen generell mit diesem Problem zu kämpfen haben. Das Lehrerkollegium der beiden Schulen hat eine positive Entwicklung durchgemacht. Hintergrund des Artikels war, dass die einzügigen Grundschulen, besonders im innerstädtischen Bereich Veränderungen bedürfen. Er versteht die Aussagen des Elternvertreters so, dass die Eltern zur GS Hutten möchten. Die Schulbezirke wurden sichtbar im Raum ausgegangen. Herr Kogge erläutert die Schulbezirke.

Frau Dr. Bergner fragt nach, welchen Hintergrund der Auftritt der Schule hat. Soll dieses ein Dringlichkeitsantrag zur Fusion sein?

Herr Kogge versteht das Anliegen der Eltern als Wunsch zur sofortigen Fusion.

Herr Trömel ist erfreut über die Elternbeteiligung. Er denkt, dass die Eltern überrumpelt wurden. Er fragt nach, ob die Entscheidung bereits mit dem Landesverwaltungsamt besprochen/abgestimmt wurde? Er gibt zu bedenken, dass nur 8 Wochen Zeit für die Fusion wäre. Er ist erstaunt, dass die Eltern nur wegen einer Veröffentlichung ohne Abstimmung mit Träger und Landesverwaltungsamt eine Fusion anstreben. Ihnen muss bewusst sein, dass ein Umzug gleich eine Fusion ist.

Herr Kneissl weist daraufhin, dass ein Bestand der Klassen und Lehrer nicht garantiert werden kann. Dies liegt in der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes nicht des Bildungsausschusses oder der Schulverwaltung.

Frau Rommel stimmt dem zu. Die Eltern machen sich Illusionen, wenn Sie denken, dass Klassenverbände und dazugehörige Lehrer komplett ohne Veränderung an die GS Hutten übergehen.

Herr Schachtschneider hat Erfahrungen dazu in einem anderen Bereich (Kl.-St. 10) gemacht. Er empfiehlt den Eltern nichts „übers Knie zu brechen“.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass es im ganzen Land an GS-Lehrern mangelt. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass die Gebäudesituation, räumliche Bedingungen und Schulwege geprüft werden müssen, bevor eine Entscheidung getroffen werden kann. Mit dem Landesverwaltungsamt sollte gesprochen werden.

Frau Dr. Bergner regt an, dass die Verwaltung mit der Schule nach einer Lösung suchen sollte.

Herr Lange fragt, ob dieses „Problem“ in einer Gesamtkonferenz diskutiert und entschieden wurde? Er hat das Gefühl, dass hier Druck auf die Eltern aufgebaut wurde. Man sollte sich durch die Presse nicht überrumpeln lassen.

Herr Bauersfeld erklärt, dass die Fusionspläne der drei Grundschulen im Süden der Stadt nicht neu sind. Jetzt wurde als Grund die Lehrer angegeben. Gibt es hier Druck vom Landesverwaltungsamt?

Herr Kogge versteht die Eltern. Sie zahlen den Preis für die schon lang geführten Diskussionen zu den Grundschulen im Süden der Stadt. Er fordert erneut mehrzügige Grundschulen. Durch die unfreiwillige Teilung des Gebäudes der GS Am Rosengarten haben Eltern, Schüler und Lehrer festgestellt, dass der jeweils Andere „gar nicht so schlimm ist“. Die Fusion der Schulen sollte im neuen Schulentwicklungsplan berücksichtigt werden.

Frau Dr. Bergner sagt, dass die Prüfung mit dem Landesverwaltungsamt einhergehen sollte.

Herr Kogge informiert, dass alle Gymnasien notwendig sind. Das Chr.-Wolff-Gym hatte nur 43 Anmeldungen, 75 sind nötig.

Das Giebichenstein-Gymnasium erhielt eine Ausnahmegenehmigung zur Führung von sechs 5. Klassen für das Schuljahr 2009/10. Zwei Klassen davon werden an einer Außenstelle unterrichtet.

Das Südstadt-Gymnasium hat 67 von 112 möglichen Anmeldungen.

Für die Sportschulen Halle wurde ein Sonderantrag gestellt.

Das G.-Cantor-Gymnasium hat eine verkleinerte Klassenzahl.

Die Gymnasialzweig der KGS Hutten und KGS Humboldt haben eine Ausnahmegenehmigung erhalten.

Die IGS wird 123 Schüler aufnehmen.

An der IGS und der KGS Hutten haben Losverfahren stattgefunden.

Die Tendenz geht dahin, dass das Chr.-Wolff-Gymnasium mit dem Südstadt-Gymnasium fusionieren wird.

Herr Schachtschneider ist unglücklich über die Presseinformationen. Dies beeinträchtigt die Elternentscheidung. Die KGS Humboldt (Gym.zweig) hat weniger Anmeldungen als das Chr.-Wolff-Gymnasium und erhält eine Ausnahme. Die Schüler aus Halle-Neustadt werden nicht im Süden der Stadt ankommen.

Herr Lange fragt an, weshalb die Schüler des Landekreises Saalekreis bereits am 5.5.09, einen Tag vor der Entscheidung über die Ausnahmegenehmigungen eine Ablehnung erhalten haben?

Herr Kogge führt aus, dass für die KGS Humboldt mehr als 30 Anmeldungen aus dem Saalekreis vorlagen. Er erklärt, dass die Schüler des Wolff-Gymnasiums (43) versorgt werden müssen. Erst dann, können Schüler aus dem Saalekreis hallesche Schulen besuchen.

Herr Bauersfeld ist über die hohe Anwahl am Giebichenstein-Gymnasium verwundert. Er fragt Herrn Strech, wie pädagogische sinnvoll große Klassen sind und wie seine Vorstellungen bezüglich der räumlichen Situation sind. Er fragt sich, ob hier Schuleinzugsbereiche nötig sind.

Frau Rommel fragt, ob in den 43 Schülern Chr.-Wolff-Gymnasium bereits Saalekreis-Kinder enthalten sind?

Herr Kogge erklärt, dass es sich um hallesche Schüler handelt. Weiterhin führt er aus, dass Schuleinzugsbereich nur bedingt helfen. Für das Chr.-Wolff-Gymnasium gebe es hier ebenfalls zu wenige Schüler.

Herr Kneissl fragt, ob es richtig ist, dass der Ausnahmeantrag zum Chr.-Wolff-Gymnasium von der Stadt zurückgezogen wurde?

Herr Kogge führt aus, dass der Antrag gestellt wurde. Das Landesverwaltungsamt hatte hier kein Ermessen. Im Zuge der Anhörung wurde der Antrag durch die Stadt zurückgezogen. Bei den genannten Saalekreis-Schülern handelt es sich um sechs Schüler aus Angersdorf und Zscherben.

Herr Lange beschwert sich, dass die Absage an dem Landkreis bereits vor der Entscheidung im Landesverwaltungsamt erteilt wurde. Mit den sechs Schülern wären es 49 Schüler für das Chr.-Wolff-Gymnasium und somit ein Schüler unter der Untergrenze zur Ausnahmegenehmigung. Hier verzichtet die Stadt auf Gastschulbeiträge. Er wirft der Stadt Steuerung der Nichtbildung der Klassenstufe 5 vor.

Herr Kogge erklärt, dass zweizügige Gymnasien in Halle nicht möglich sind. Außer für das Herder-Gymnasium musste für alle Schulen ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung gestellt werden. In erster Linie muss die Stadt die vorhandenen Kapazitäten an Schulen mit halleschen Schülern besetzen. Er gibt nochmal zu bedenken, dass es sich hier um nur sechs Schüler aus dem Saalekreis handelt. Die KGS Humboldt hat noch ca. 15 freie Plätze, welche mit den Schülern aus dem abgelehnten Chr.-Wolff-Gymnasium besetzt werden sollten.

Herr Kneissl rechnet vor, dass es 350 Schüler gibt, welche ein staatliches Gymnasium besuchen möchten. Das heißt, vier Gymnasien werden benötigt. Das Ungleichgewicht in Halle (verstärkte Anwahl an einem Gymnasium) wird sich im nächsten Jahr fortsetzen. Was dann? Opfern eines Gymnasiums ist keine Lösung.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass sich diese Entwicklung bereits seit Jahren zeigt. Es gibt in der Stadt Halle Stadtgrenzen, welche nicht überschritten werden. Dazu gehört die Saale. Schüler der „östlichen Saale“ werden die Saale nicht überqueren, um das Chr.-Wolff-

Gymnasium zu besuchen. Die Genehmigung der Klassenstufe 5 für das kommende Schuljahr wäre nur eine Verschiebung des Problems auf ein kommendes Jahr.

Herr Schachtschneider gibt zu bedenken, dass die Schülerzahlen reichen!

Herr Kogge weist darauf hin, dass dies nur eine Information über zukünftige 5. Klassen sein soll. Die Diskussion sollte auf den Zeitpunkt der Einreichung des neuen Schulentwicklungsplanes verschoben werden.

Herr Lange fragt, ob die Eltern die Wahl haben, die KGS Humboldt zu besuchen? Weiterhin fragt er an, wann die Wärmedämmung am Chr.-Wolff-Gymnasium fertig sein wird?

Herr Kogge erläutert, dass im Moment noch kein Geld für den Baubeginn zur Verfügung steht. Die Eltern haben die Wahl die KGS Humboldt zu besuchen. Dazu wird es am 18.5.09 einen Elternabend im Chr.-Wolff-Gymnasium geben.

Frau Rommel fragt an, ob eine Aufstockung der Plätze an der KGS Humboldt möglich ist?

Herr Kogge möchte abwarten, wie viele Eltern sich für die KGS entscheiden.

Frau Dr. Bergner fragt an, wie mit der Petition des Südstadt-Gymnasiums zu verfahren ist.

Herr Kogge gibt die Auskunft, dass diese Petition vor der Entscheidung zur den Ausnahmeanträgen verfasst wurde.

Wortmeldung – Stadtelternrat, Herr Senger zur Franzigmark

Der Stadtelternrat hat einen offenen Brief bezüglich der Franzigmark an die OB geschrieben. Die Franzigmark sollte erhalten bleiben. Die Einrichtung gibt auch Sozialschwachen die Möglichkeit in der Natur zu lernen. Nicht jeder hat die finanziellen Möglichkeiten ein teures Schullandheim zu besuchen. Nur wegen zu wenig Auslastung sollte das Schullandheim nicht geschlossen werden. Er fordert Unterstützung vom Bildungsausschuss. Herr Senger übergibt eine Unterschriftensammlung gegen die Schließung der Franzigmark.

Frau Dr. Bergner fragt nach den Baumängeln am Sportgymnasium.

Herr Kogge verweist auf den Hauptausschuss.

Herr Zschocke informiert, dass eine Mängelliste vorliegt, aber nicht die der Eltern.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

—

zu 9 Anregungen

Frau Stark fragt nach, ob es richtig ist, dass das ZGM die Arbeiten aus dem Schulgarten Galgenberg abgezogen hat? Sie bittet um Klärung. Die Lehrerin fühlt sich außer Stande, die Anlage in Ordnung zu halten.

Herr Kogge sagt eine Beantwortung zu.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.05.2009

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende